'KPD'-Führer arbeiten Revisionisten in die Hände! S. 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 37 vom 22. September 1973 — 7. Jahrgang — 50 Pfennig

Putsch in Chile
Angriff des US - Imperialismus auf die Völker Lateinamerikas

Am 12. September wurde die Volksfront-Regierung des Präsidenten Allende durch einen Militärputsch gestürzt und eine Militärjunta, bestehend aus den Oberbefehlshabern von Heer, Luftwaffe, Marine und Carabineros (kasernierte Polizei) übernahm die Macht. Allende kam unter ungeklärten Umständen ums ums Leben. Die Junta verkündete das Standrecht. Die Presse- und Funkzensur und ein Ausgehverbot eröffneten eine Treibjagd auf Volksfront-Anhänger und fortschrittliche Chilenen und setzte Bomber und Artillerie gegen die Arbeiterviertel der großen Städte ein.

Der Putsch wurde vom US-Imperialismus mit der Reaktion Chiles durchgeführt und stellt einen brutalen Angriff nicht nur gegen das chilenische Volk, sondern gegen alle lateinamerikanischen Völker dar. Chile soll zum Schwert des US-Imperialismus gegen den revolutionären Kampf der lateinamerikanischen Völker gemacht werden.

Die US-Imperialisten verfügten über enge Kontakte zu den chilenischen Streitkräften (z.B. Ausbildung der Offiziere, auch noch unter Allende, in den USA, gemeinsame Flottenmanöver etc.). Zusammen mit diesen Kräften und der nationalen Reaktion, z.B. der faschistischen Organisation "Vaterland und Freiheit" bereiteten sie den Putsch von langer Hand vor. CIA und der ITT-Konzern hatten bereits früher durch ein Attentat auf Allende versucht, die Volksfront zu liquidieren.



Der Präsidentenpalast in Santiago.
Die Putschisten bombten alles zusammen.

Vor Monaten schlug ein erster Angriff putschender Truppen auf das Präsidentenpalais fehl. Der direkten Vorbereitung des Putsches dienten auch die Überfälle bewaffneter faschistischer Banden auf Arbeiterviertel und die Sprengstoffanschläge auf Hochleitungsmasten, Eisenbahnstrecken usw.

Die materielle Grundlage für den Putsch war die wirtschaftliche Austrocknung Chiles durch den US-Imperialismus. Über bürgerliche Gerichte in aller Welt ließ er die chilenischen Kupferexporte in den Bestimmungshäfen (damit Chile die Frachtkosten bezahlen mußte) beschlagnahmen und hielt den Kupferpreis trotz mangelnden Angebots am Weltmarkt durch Manipulationen besonders niedrig. Dadurch beraubte er Chile einer seiner wichtigsten Einnahmequellen. Zugleich hintertrieb er die Gewährung von Krediten an Chile durch die internationalen Finanzgremien (Weltbank u.ä.), in denen er überall seine Finger hat. Die direkt von den Enteignungen durch die Volksfrontregierung betroffenen Firmen des US-Imperialismus gründeten einen Arbeitskreis für die Rückkehr nach Chile, der alle diese Machenschaften koordinierte und anleitete.

Die sowjetischen Sozialimperialisten, die sich stets als Freunde und Beschützer Chiles aufspielen, erwiesen dem Land keine Hilfe. Sie kauften das chilenische Kupfer zum manipulierten nie[drigen] Weltmarktpreis und gewährten Chile nur geringe Kredite (1973 – 150 Mio Mark statt der dringend benötigten 750 Mio Mark), die keine wirksamen Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Austrocknung Chiles durch den US-Imperialismus ermöglichten. Der "antiimperialistische Kampf" der sowjetischen Sozialimperialisten beschränkte sich auch in Chile auf schöne Worte. **Sie hielten sich an ihre Absprache mit dem US-Imperialismus über die Aufteilung der Welt in Einflußgebiete, die Lateinamerika dem US-Imperialismus zuordnet.** Damit erwiesen sie den US-Imperialisten, die überall in Lateinamerika durch den stürmisch anwachsenden Klassenkampf und antiimperialistischen Kampf der Völker in Bedrängnis geraten sind, einen großen Dienst und **zeigten unmißverständlich, daß das Komplott der Supermächte US-Imperialismus-Sowjetimperialismus der ärgste Feind der Völker ist.**

Allende, der sich selbst als Marxist bezeichnete, war ein Vertreter

→ S.4

Der Lohnkampf geht weiter

Die gewaltigen Streiks der Metaller in Nordrhein-Westfalen und Hessen in den letzten Wochen haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse in unserem Land erkannt hat: Nur wenn wir uns auf die eigenen Kräfte stützen, sind wir stark und können siegen. Die Arbeiter bei Opel, Ford und in den anderen großen Metallbetrieben haben die Arbeit wieder aufgenommen. Aber die Streikbewegung geht weiter auch in anderen Bundesländern.

In Baden-Württemberg traten 35 000 Metaller in einen kurzen Warnstreik gegen die Tarifverhandlungen in Stuttgart. Dort reden die Spalter von der IGM-Führung viel von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, aber wenig von Lohnerhöhungen, und versuchen – wie üblich – die kampfbereiten Arbeiter hinzuhalten und ihre Front zu zersplittern.



Pierburg: Streikende Arbeiterinnen erzwangen die Wiedereinstellung entlassener Kollegen. Siehe Bericht Seite 3.

In der Zahnradfabrik Emsdetten, in der Apparatefabrik in Niederfischbach, in der Eisenhütte 'PRinz Rudolf' in Dülmen, bei Teves GmbH in Rödelsheim. Meist können diese kleinen und mittleren Kapitalisten einen Streik nicht so lange durchhalten wie die Großkonzerne vom Schlage Fords. Die Arbeiterinnen von Agfa z.B. erhielten bereits nach kurzer Streikdauer die geforderte Teuerungszulage von 150 DM.

Einen neuen Höhepunkt hat die Streikbewegung in der letzten Woche im Bereich des öffentlichen Dienstes erreicht, wo z.Zt. Tarifverhandlungen laufen. Die Müllarbeiter zeigen, wie schon 1969, daß sie ihren Kollegen aus der Metallindustrie nicht nachstehen an Kampfentschlossenheit.

Auch dieses Jahr bleiben in vielen Städten die Mülltonnen stehen. Straßenreiniger, Totengräber schließen sich den streikenden Müllarbeitern an. Auch andere Kollegen im Öffentlichen Dienst haben gedroht, sich an den Streiks zu beteiligen oder 'Bummelstreiks' durchzuführen, 'Dienst nach Vorschrift' nach dem Beispiel der Fluglotsen: Postler, Bahnbedienstete .

Die Lage der Müllarbeiter ist besonders übel. Für ihre schwere und schmutzige Arbeit erhalten sie Hungerlöhne: Ein Müllarbeiter, verheiratet, ohne Kinder, erhält etwa 700 DM. Deshalb forderten die Müllarbeiter in Hannover 600 DM Teuerungszulage. Das war vor drei Wochen. Die Stadtverwaltung und die ÖTV hielten die Kollegen hin: Die Stadt sei nicht zuständig, das Land wollte es dann ebenfalls nicht sein – die Front sollte gespalten werden. Als sie nach drei Wochen mit einem Angebot von 300 DM ankamen, sagten die Müllarbeiter: 'NEin!' Sofort kamen Solidaritätstelegramme von Kollegen aus ganz Deutschland. Die Müllarbeiter in Wolfsburg, Oberhausen, Nürnberg schlossen sich dem Streik zeitweise an.

Eines ist klar: Die Streikfront steht nicht mehr so fest wie vor 3 Wochen. Die Hinhaltetaktik der IGM-Führung, das Ränkespiel zwischen Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen, die mangelnde Erfahrung und die Führungslosigkeit vieler Streikkämpfe haben diese Front geschwächt. Agenten der Kapitalisten wie die D'K'P und Spalter vom Schlag der 'KPD' haben das Ihre dazu beigetragen.

Eines vor allem bereitete der Regierung, den Kapitalisten und der DGB-Führung schwere Sorgen: Daß sich die Streiks nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen die IGM-Führer richteten. Wenn sie den Lohnkampf unter Kontrolle halten wollen, dann brauchen sie dazu einen starken, einflußreichen Agenten in der Bewegung, einen Agenten, der sich an die Spitze des Kampfes setzt, um ihn abzuwiegeln. Also versuchten sie mit allen Mitteln, das Gesicht der IGM wieder aufzupolieren. **Fortsetzung auf Seite 3**

Aus dem Inhalt

KOMMENTAR

Die modernenen Revisionisten und der Sturz der Volksfront

Den Sturz der Volksfrontregierung in Chile durch einen reaktionären, vom US-Imperialismus gelenkten Militärputsch nahm die D'K'P zum Anlaß, noch einmal das 'Modell Allende' als Möglichkeit des 'friedlichen Übergangs zum Sozialismus' darzustellen. In den Chor stimmen linke Jusos und andere ein, die ebenfalls die Volksfrontpolitik in Chile als Beispiel für 'systemverändernde Reformen' hinstellen wollen. Gleich allen revisionistischen Parteien in der Welt riefen sie zu Kundgebungen und Demonstrationen auf, wo sie ihre scheinheilige Art von Solidarität mit dem chilenischen Volk bekunden wollten.

Kernpunkt all dieser Versuche der modernenRevisionisten ist es, den Verrat an der Arbeiterklasse, den sie mit der Verbreitung der Illusion vom 'friedlichen Übergang zum Sozialismus' betreiben, zu kaschieren. **Die Gefährlichkeit ihres Verrats liegt darin, daß sie ihm ein 'marxistisches' Mäntelchen umhängen, indem sie sich selbst als Marxisten ausgeben, wie das auch der gestürzte Präsident Allende getan hat.**

Bei diesen Versuchen geraten sie zusehens in Schwierigkeiten. Gerade der Sturz der Volksfront in Chile hat bewiesen, daß es einen 'friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus' und 'systemverändernde Reformen', im Rahmen der Verfassung usw. nicht gibt. Das müssen sie in ihrer Presse und bei ihren Veransattungen sorgsam verbergen.
So schreibt z.B. die 'Wahrheit', Organ der SEW, zum Sturz der Volksfront in Chile: "Parlamentarische Spielregeln gelten für das Kapital nur so lange, wie sie der Aufrechterhaltung seiner Herrschaft dienen." Das ist richtig. Aber die SEW denkt nicht daran, daraus die Konsequenzen zu ziehen und ihre Theorie vom 'parlamentarischen Weg' zu widerrufen. Trotz der blutigen Lehren aus dem Sturz der Volksfront in Chile behauptet sie stur und steif, daß die Arbeiterklasse auf dem friedlichen Weg zum Sozialismus gelangen könne.

Indem die modernen Revisionisten das tun, gehen sie ein Komplott mit den Imperialisten zur Ablenkung der Arbeiterklasse vom revolutionären Klassenkampf ein. **Indem sie die Arbeiterklasse zur Einhaltung der bürgerlichen Verfassung aufrufen, liefern sie sie den Imperialisten ans Messer, wie das gerade der Sturz der Volksfront in Chile aller Welt vor Augen führt.**

Selbst jetzt, nach dem blutigen Putsch in Chile und nach dem Bekanntwerden der Terrorwelle, die das Land überschwemmt, gipfelt die 'Solidarität' der modernen Revisionisten mit dem chilenischen Volk darin, daß sie den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen die Militärjunta verleugnen. Sie gehen sogar so weit, wie z.B. die Zeitungen in Ungarn, **die Bewaffnung der Arbeiterklasse in Chile als auslösendes Moment des Militärputsches zu bezeichnen.** Damit sagen sie den Arbeitern: "Bewaffnet euch nicht!" Damit erwecken sie die Illusion, als hätte es in Chile keinen Putsch gegeben, wenn sich die Arbeiter nicht bewaffnet hätten. Damit leugnen sie die Urheberschaft des US-Imperialismus am Putsch. **Damit sagen sie den Arbeitern: "Laßt euch von den Imperialisten abschlachten."**

Die Solidaritätsaufrufe der modernen Revisionisten sind Lippenbekenntnisse, die sie ablegen, um nicht ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung zu verlieren. Sie begnügen sie damit, zur Bekundung der Solidarität aufzurufen, nicht aber zu aktiver Solidarität, zur Schwächung des Imperialismus im eigenen Land durch verschärften Klassenkampf. **Was sie brauchen, ist der Schein von Solidarität, damit sie ungestört ihren Geschäften mit den Imperialisten nachgehen können.**

Diese Geschäfte sind beträchtlich. Die modernen Revisionisten haben sich mit den Imperialisten und der Bourgeoisie arrangiert und möchten über die Wahlurne in die bürgerlichen Regierungen einrücken. Der Preis dafür ist ihr Verrat am Klassenkampf. Sie reden zwar noch von ihm, tun aber alles, ihn zu unterbinden oder in 'gesetzmäßige' Bahnen zu lenken, wo er den Imperialisten nicht schadet und den Revisionisten nützt.

Sie stecken mit dem größten Staat der modernen Revisionisten, der sozialimperialistischen Sowjetunion, unter einer Decke. **So stärken sie das Komplott der Supermächte US-SU zur Aufteilung der Welt in Einflußgebiete und zur Niederhaltung der Befreiungskämpfe der Völker.**

Dieses Komplott wird scheitern. Gerade nach dem Sturz der Volksfront geben Arbeiterklasse, Bauern und fortschrittliche Menschen in Chile ein Beispiel des bewaffneten revolutionären Kampfes gegen den US-Imperialismus und die einheimische Reaktion. **Gerade Chile lehrt uns, daß wir den westdeutschen Imperialismus nur im bewaffneten revolutionrenä Kampf besiegen können.**

Diplomatischer Ostlandritt

Bonn erpresst Prag

Der für den 6. September vorgesehene und mit Entspannungsschalmeien bejubelte Brandt-Besuch in Prag aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde von Bonn kurzfristig abgesagt, weil die Regierung der CSSR sich nicht offen bereit erklärte, die Vertretugn auch 'juristischer Personen' (Firmen, Verbände, Gerichte etc.) aus Westberlin durch westdeutsche Konsulate in der CSSR zuzulassen.

Die Betonung liegt dabei auf dem Wort 'offen', denn grundsätzlich hat die revisionistische Husak-Regierung schon soweit nachgegeben, daß sie dieses Recht zugestehen will, aber sie möchte es nicht in der Erklärung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stehen haben, sondern einem späteren Rechtshilfeabkommen vorbehalten. Darauf ging Bonn 'großzügig' ein, verlangte aber, daß eine 'Absichtserklärung' darüber aufgenommen wird. Das lehnte Prag ab, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde verschoben.

Das Ziel der westdeutscher Imperialisten ist dabei, die weniger präzisen Klauseln des Viermächteabkommens über Westberlin durch einen eindeutigen Text in einem Vertrat mig einem Land des Sowjetblocks "mit (imperialistischem) Leben" zu erfüllen: darin soll unzweideutig zum Ausdruck kommen, daß die Bundesrepublik Westberlin endgültig als Bundesland geschluckt hat. Diese Formel soll dann auch bei den Abschlüssen mit Ungarn und Bulgarien angewandt werden. Mit dieser rabiaten Absage setzte die Regierung Brandt die CSSR und die anderen revisionistischen Länder einschließlich der sozialimperialistischen Sowjetunion diplomatisch unter Druck. Sie schlägt den Sach (CSSR) und meint den Esel (Sowjetblock).

Die Rechtfertigung zu solchem Vorgehen holten sich die westdeutschen Imperialisten nicht nur aus dem Viermächteabkommen über Westberlin, sondern auch aus dem sowjetischen 'Diplomatischen Wörterbuch', Band II, von Außenminister Gromyko, in dem Konsulaten ausdrücklich die Vertretung juristischer Personen zuerkannt wird.


Noch heute beharren die westdeutschen Imperialisten auf der Gültigkeit des Münchner Abkommens, das 1938 von Hitler, Mussolini, Daladier und Chamberlain gegen die Interessen des tschechoslowakischen Volkes ausgehandelt wurde.

Die Absichten der westdeutschen Imperialisten und ihrer Regierung zielen aber noch weiter. **Sie wollen nicht nur ihre Durchdringung des Sowjetblocks verstärken, sondern auch die Position der DDR weiter schwächen, auf deren Gebiet Westberlin liegt, um so ihre spätere vollständige Einverleibung vorzubereiten.**

Weiter drohen sie mit massiver Verzögerung bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), an deren zügiger Abwicklung den sowjetischen Sozialimperialisten im Zusammenhang mit ihren Kriegsvorbereitungen gegen die VR China besonders gelegen ist.

Den diplomatischen untermauern sie mit wirtschaftlichem Druck. So lehnte die Bundesregierung zinsverbilligte Exportkredite für die Sowjetunion ab und legte das 3,5-Milliardenl-Projekt eines Stahlwerks in Kursk vorläufig auf Eis. **Die sowjetischen Sozialimperialisten hatten versucht, durch diese und ähnliche Projekte die westdeutschen Imperialisten mit Mammutprofiten zu bestechen, als Antwort erhielten sie eine handfeste diplomatische und wirtschaftliche Erpressung.** Einzig Polen wurden zinsverbilligte Exportkredite gewährt. Zuckerbort und Peitsche.

Eiligst rief die Prager Regierung nach der Bonner Absage ihre revisionistischen Partnerländer zur Rückenstärkung auf, ließ aber zugleich durchblicken, daß sie an die Absprachen im Warschauer Pakt gebunden sei. **Sie sei nicht der richtige Addressat für die** Bonner Hinhaltetaktik.

Die westdeutschen Imperialisten sitzen am längeren Hebel. **Sie werden ihre** Machenschaften weiterführen und – so Brandt – **"bis zum Ende durchstehen."**

Konferenz der Blockfreien

Wachsende Front gegen die Supermächte!

Vom 5. bis 9. September 1973 fand in Algier die Konferenz der blockfreien Staaten statt – also solcher Staaten, die weder durch Militärbündnisse noch durch sonstige Pakte an imperialistische Mächte gekettet sind. Diese Konferenz hat gezeigt, daß der Widerstand gegen das Komplott der Supermächte wächst.

Die Konferenz der blockfreien Staaten, entstanden als Ausdruck des gemeinsamen Kampfes der unterdrückten Völker gegen den US-Imperialismus, war seit jeher Zeichen für den antiimperialistischen Kampf.

Aber seit der 1. Konferenz 1961 hat sich die Weltlage geändert. Nicht mehr die Machenschaften der US-Imperialisten allein bestimmen die Weltsituation, sondern das Komplott zwischen US-Imperialismus und sowjetischem Sozialimperialismus. Gegen dieses Komplott muß heute der antiimperialistische Kampf geführt werden.

Schon immer hatten die Sozialimperialisten versucht, den Kampf der unterdrückten Völker auch auf dieser Konferenz für ihre eigenen Großmachtpläne auszunutzen. Auch diesmal wollten sie über ihre Agenten den Einfluß der SU vergrößern. So Indien, das noch immer als blockfrei vertreten ist, obwohl es schon seit 1971 ein Militärbündnis mit der SU schloß und sich mehr und mehr zu einer Kolonie des sowjetischen Sozialimperialismus entwickelt. Pakistan, das auf Betreiben der Kremlzaren von Indien angegriffen und gespalten wurde, war auf der Konferenz nicht zugelassen. Fidel Castro, dessen Insel von den Kremlzaren in zunehmendem Maße zur Zuckerrohrkammer der SU ausgebaut wird, trat zwar gegen den US-Imperialismus auf, sang aber Loblieder auf die sowjetischen Sozialimperialisten.

Heuchlerisch behauptete Breshnew in seiner Grußbotschaft, die Welt sei nicht in 'arm und reich' eingeteilt, sondern in das Lager des Fortschritts – die SU – und das Lager der Reaktion – die USA.

Aber sie hatten sich verrechnet! Zwar konnte ihre Politik, den antiimperialistischen Kampf hier noch einmal spalten und damit schwächen. Aber der Widerstand gegen das Komplott der Supermächte, vor allem gegen den Sozialimperialismus, wächst. Während die VR China den Völkern immer wieder bewies, wie korrekte sozialistische Außenpolitik aussieht, erkennen immer mehr Völker den wahren Charakter des Sozialimperialismus. Castro wurde von Prinz Sihanouk, dem einzig legitimen Vertreter Kambodschas, durch Zwischenrufe unterbrochen, in denen er auf die Politik der SU hinwies. Präsident Ghadafi verließ den Saal. "Da mischen sich nun Coca-Cola und Wodka, um auf die friedliche Koexistenz zu trinken. Welchen Nutzen mögen die Menschen in Angola, in Mocambique und in Palästina davon haben? " fragte Präsident Bourgiba von Tunesien. Und in der gemeinsamen Schlußerklärung hieß es – im Gegensatz zur Forderung Breshnews – die Welt sei in 'arme und reiche Nationen' geteilt.

Diese Tendenz wird von Imperialisten aller Schattierungen mit Sorge beobachtet. "Falls die Zeichen von Algier nicht trügen", schreibt die Süddeutsche Zeitung, "bahnen sich auf diesem Feld weltweit neuartige Krisen an, die militärische Interventionen nicht mehr ausschließen." Das ist die Antwort der Supermächte auf den antiimperialistischen Kampf der unterdrückten Völker! Aber so sehr die SU auch versucht, diesen Kampf zu spalten – die Tendenz, die sich in Algier zeigte, wird weiter wachsen. Auch die Konferenz der blockfreien Staaten ist ein Ausdruck dafür:

HAUPTTENDENZ IST REVOLUTION!



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlangern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von Seite 1

Der Lohnkampf geht weiter

Die Taktik der Bourgeoisie: Mit Zuckerbrot und Peitsche

Mit Zuckerbrot und Peitsche – so gingen sie gegen die Streikfront vor. Einerseits schlugen sie brutal zu wie bei Ford: Polizeieinsätze, wilde Schlägereien, Massenentlassungen, Abschiebung ausländischer Kollegen in ihre faschistischen Heimatländer. Noch heute, 2 Wochen nach Streikende, steht Opel unter ständiger Polizeibeobachtung. Erst vor wenigen Tagen wurde die Betriebszeitung der KPD/ML, die ZÜNDKERZE, beschlagnahmt.

Gleichzeitig versuchten sie, die IGM-Führer wieder bei den Kollegen einzuschmeicheln. Regierung, Gewerkschaftsbonzen, Presse, alle, die die Streikfront zerschlagen wollten, heuchelten plötzlich 'Verständnis' für die Lage der Arbeiter. Kein Kommentar, in dem nicht die doppelte und dreifache Ausplünderung ausländischer Kollegen angeprangert wurde; kein Politiker, der nicht betonte, daß die Löhne zu niedrig, die Preise zu hoch seine; WARUM die Arbeiter streikten – das verstanden diese Herren auf einmal alle. Nur DAß sie streikten – das konnten sie überhaupt nicht begreifen. Denn, so behaupteten sie, Streiks, die sich gegen die DGB-Bosse richten, richten sich gegen die Arbeiterklasse. Brandt: "Nach meinem Eindruck hat man in den Betrieben erkannt, wie gefährlich es wäre, die Position der Gewerkschaften zu gefährden. Niemand anders sorgt auf lange Frist dafür, daß die Vorteile der wirtschaftlichen Entwicklung allen Arbeitnehmern zugute kommen." Brandt sang auf Betriebsversammlungen und im Fernsehen sein Loblied auf den DGB. Gleichzeitig saß er auf 'Arbeitsessen' mit Vetter, Leiding, Neckermann zusammen. Das Zusammenspiel der DGB-Führung mit dem Kapital und seiner Regierung gegen die Arbeiterklasse war perfekt. Und sie tönten im Chor: "Wir müssen die Tarifautonomie erhalten" – d.h. die Autonomie von Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen, die Arbeiter am Verhandlungstisch zu betrügen.

Die IGM-Spitze ihrerseits von ihren Verbündeten in den Himmel gelobt, setzte alles daran, die streikenden Kollegen von ihren Lohnforderungen abzulenken:

– Sie verlor kein Wort über die brutalen Polizeieinsätze und Entlassungen. Aber sie hetzte gegen solche Kollegen, die die Streikfront gegen Streikbrecher verteidigt hatten und beschimpften sie als 'Randalierer'.

– Sie redete von Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und Vermögensbildung, sie forderte schärfere Preiskontrollen und niedrigere Steuern. Von konkreten Lohnforderungen dagegen kein Wort. Loderer, auf die Frage, wie hoch die Forderungen der Gewerkschaften bei der nächsten Tarifrunde sein werden: "Eine zweistellige Zahl, mindestens 10%." Wörtlich das Gleiche haben wir vor einem Jahr schon einmal gehört. Um von der Lohnfront abzulenken, 'organisierte' sie für September eine 'Aufklärungswoche' unter dem Motto: "Schluß mit der Preistreiberei." Und die Regierung verspricht großzügig Steuererleichterungen und Reformprogramme. Mit vereinten Kräften versucht die Bourgeoisie die Metaller wieder enger an die IGM-Führer zu ketten, ihren Streik zu zerschlagen und ihre Lohnforderungen hinzuhalten. Mit 'Spitzengesprächen in der Metallindustrie' sollen die Forderungen der Kollegen abgeblockt werden.

Spitzengespräche in der Metallindustrie

Lug und Betrug!

Seit 2 Wochen wird also verhandelt. Nicht etwa über die Frage von Lohnerhöhungen, sondern darüber, ob und wie über neue Lohnerhöhungen verhandelt werden soll. Und weil in Wirklichkeit weder Kapital noch Gewerkschaftsführer schon jetzt eine neue Tarifrunde beginnen, weil sie die streikenden Kollegen nur besänftigen und hinhalten wollen, ziehen sie diese Verhandlungen über Verhandlungen endlos in die Länge, spielen sie ein abgekartetes Spiel und legen den Grundstein für Spaltungsmanöver in der Tarifrunde schon jetzt.

Die Kapitalisten wollen zentral, die IGM-Führer nur regional verhandeln. Hört sich das nicht ganz verkehrt an? Natürlich müßten zentrale Verhandlungen die Front der Arbeiter stärken. Wieso werden sie dann ausgerechnet von den Kapitalisten gefordert?

Seit jeher war es die Taktik der IGM, Tarife regional auszuhandeln und damit die Arbeiter zu schwächen. Das soll diesesmal nicht anders sein. Zentrale Verhandlungen, das hieße für die IGM: Mehr und größere Streiks, mehr Streikgeld, höhere Gefahr, daß ihre Machenschaften von den Kollegen durchschaut und bekämpft werden. Schamlos drehte ein IGM-Sprecher die Sache auf den Kopf: Die Gewerkschaft müsse bei Tarifverhandlungen schwerpunktmäßgie Streiks durchführen. Bei zentralen Verhandlungen aber könnten die Arbeitgeber mit einer zentralen Aussperrung reagieren und damit die Streikfront schwächen!

Bosse und Bonzen führen ein Scheingefecht, um Kampfgeist der Gewerkschaftsführung vorzutäuschen. Denn sie wissen, daß die Streikgefahr nicht vorüber ist: In vielen Betrieben gibt es ab: 1.10. keine Teuerungszulagen mehr. Dann wird die Arbeiterklasse den Kampf zur Brechung des Tariffriedens verstärken.

Bochum

Opel - Solidarität





Am 13. September veranstaltete das Solidaritätskomitee für die im Zusammenhang mit dem Streik bei Opel entlassenen Kollegen eine öffentliche Kundgebung in Bochum, an der 300 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Zu der Kundgebung hatten neben dem Komitee die Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe in der IG-Metall, die KPD/ML und verschiedene fortschrittliche Organisationen aufgerufen.

Auf der Kundgebung am Husemannplatz sprachen mehrere entlassene Kollegen zu den Versammelten, darunter auch Rudi Wischnewski, früherer Betriebsrat bei Opel/Bochum, der wegen seiner gewerkschaftsoppositionellen Haltung und der aktiven Teilnahme am Streik gleich dreimal entlassen wurde, einmal im März, nach der Wiedereinstellung aufgrund eines Gerichtsurteils ein zweites Mal im Mai und nun während des Streiks, obwohl die zweite Entlassung noch gilt und der Prozeß darüber läuft. Alle Redner unterstrichen die Forderungen der Kollegen nach Rücknahme der Entlassungen und Bezahlung der Streikschichten. **Insbesondere geisel-ten sie das brutale Vorgehen der Opel-Kapitalisten gegenüber ausländischen Kollegen, von denen sie zwei nach Spanien ausweisen ließen.**

Bei der Kundgebung wurden Transparente in deutscher und italienischer Sprache mitgeführt, auf denen die Forderungen verkündet wurden. Die KPD/ML zeigte ihr Transparent mit der Losung "Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung". **Nach der Kundgebung wurden Spenden für die entlassenen Kollegen gesammelt, die weder Lohn noch Arbeitslosengeld bekommen und dadurch in eine Notlage geraten sind und noch Geld für die Bezahlung der Prozeßkosten brauchen, da ihnen die IG-Metall keine Rechtshilfe gewährt.**

Ein erster Erfolg der kämpferischen Haltung der Kollegen zeigt sich darin, daß der Betriebsrat fünf Sonderschichten auf Druck von der Belegschaft ablehnen mußte, welche die Opel-Kapitalisten als 'Ausgleich' für die Streikschichten fahren lassen wollten, um sich um die Bezahlung zu drücken.

Die 'KPD', die sich am Solidaritätskomitee beteiligte, sorgte für einen Mißklang in der kämpferischen Stimmung. In ihrer Betriebszeitung 'Kommunistische Arbeiterpresse' verleumdete sie die Kollegen der Gewerkschaftsopposition. **Sie wurde vom Solidaritätskomitee aufgefordert, Selbstkritik zu leisten und bis dahin von der Arbeit im Solidaritätskomitee ausgeschlossen.**

Spendenkonto: Westfalenbank Bochum, Konto Nr. 90 69 64, Kennwort 'Opel-Solidarität'.



Das Kapital lädt ein

O&K ist die zweitgrößte Werft in Lübeck. Als am 2. September, einem Sonntag die Kapitalisten von O&K zum Tag der offenen Tür einluden, standen auch unsere Genossen vorm Betriebstor und verteilten Extrablätter unserer Betriebszeitung "Das rote Schaufelrad". Wir diskutierten mit den Kollegen, die ihren Familien das Werk zeigten. In unserem Extrablatt wurde der Tag der offenen Tür als Heuchelei und Werbeaktion für den Kapitalismus entlarvt. Denn was wurde hier als Arbeitswirklichkeit gezeigt?

Von den Arbeitern mühsam sauber geputzte Werkshallen, stillstehende Maschinen, Erbsensuppe und Getränke gratis, Plastikmännchen wurden verteilt, die die Arbeiter von O&K darstellen sollten. Die sahen richtig so aus, wie die Kapitalisten die Arbeiter gern hätten: Mit kleinem Kopf, der möglichst wenig denkt, aber breiten Schultern und großen Händen, die ordentlich ranklotzen können. Das also sollte die Arbeitswirklichkeit von O&K sein.

Eine Genossin, die im Urlaub in Albanien war, berichtete, welch ein riesiger Unterschied zwischen einer Werksbesichtigung im Kapitalismus und Sozialismus besteht: "In Albanien sahen wir uns die Betriebe während der Arbeitszeit an. Es kam oft zu Gesprächen mit den Arbeitern direkt im Betrieb." Bei uns allerdings haben die Kapitalisten berechtigte Angst, wenn die Besucher während der Arbeitszeit kommen würden. Jedermann würde ja gleich den ganzen Lärm, die Arbeitshetze, die Gefährlichkeit vieler Arbeiten sehen, Und wenn man dann noch die Arbeiter fragen würde, wie sie denn diese Arbeitshetze finden - damit könnten die O&K-Herren gewiß nicht protzen.

"In Albanien dagegen", berichtete die Genossin weiter, "sind die Arbeiter die Herren im Staat und im Betrieb. Voller Stolz können sie ihre Betriebe zeigen. Sie bestimmen das Arbeitstempo selber und sorgen durch beste Unfallverhütung Ausgleichssport und gute Ausbildung zur Sicherheit am Arbeitsplatz und ihre Gesundheit." Vor allem aber auch gehört das, was sie schaffen tatsächlich der Arbeiterklasse.

Der Tag der offenen Tür bei O&K hingegen - das war, als wenn ein Dieb sein Diebeslager zur Schau stellt.

Pierburg/Neuss

Die von der Firma August Pierburg Autogerätebau KG nach dem Streik Mitte August mit Hausverbot belegten ausländischen Kolleginnen mußten auf Druck der Belegschaft wieder zur Arbeit aufgefordert werden. **Die Kolleginnen drohten der Werksleitung, daß sie wieder streiken würden, wen diese ihre Forderung nicht erfüllt würde.** Schweren Herzens entschloß sich die Werksleitung, erst 20 und später acht Kolleginnen zur Aufnahme der Arbeit aufzufordern und das Hausverbot gegen sie zurückzuziehen. Damit hoffen die Kapitalisten, daß die Kolleginnen endlich Ruhe geben würden, **aber sie blieben solidarisch bis zur letzten Konsequenz. Nunmehr mußte auch bei den restlichen vier Kolleginnen das Hausverbot zurückgenommen werden. Am 17. September sollen sie wieder zur Arbeit kommen.**

Die Kolleginnen feierten diesen großartigen Sieg proletarischer Solidarität bei Musik und machten klar, daß sie auch weiterhin Solidarität gegen die Ausbeuter üben würden.

Ein erster Ausdruck dieser Kampfentschlossenheit zeigte sich in der Forderung der Kolleginnen am Bandende, die bei ihrer Arbeit mit Petroleum hantieren müssen. **Sie verlangten eine Erschwerniszulage von 30 Pfennig und drohten mit dem Streik, falls ihre Forderung nicht erfüllt würde.**

Cholera in Italien: Wer arm ist, muss schneller sterben!

KORRESPONDENZ

Anfang August: Die ersten Cholerafälle werden verschwiegen, bzw. als "Gastroenitis" bezeichnet.
Am 28.8. berichten die Zeitungen über zwei Todesfälle in Torre des Greco - nahe Neapel. Als Todesursache wird wieder "Gastroenitis" angegeben.

Als sich zwei Tage später die Todesfälle auf sieben erhöhen, müssen Bourgeoisie und Mediziner-Clique ihre kriminelle Verheimlichungstaktik wenigstens z.T. aufgeben. Schlagzeile der Morgenzeitungen: CHOLERA!

Außer den sieben Toten gibt es bereits 28 (offizielle) Kranke.
Am 30.8. bequemt man sich zu Impfungen. Ganze 10 000 Dosen für eine Bevölkerung von 2,5 Millionen in Neapel. Bevorzugt wird natürlich die Stadt- und Staatsbürokratie geimpft - nicht etwa das Volk in den Arbeiter- sprich Elendsvierteln Italiens, die die idealen Keimzellen und Brutstätten für Seuchen aller Art sind.

Obwohl seit Jahren viel Tinte verspritzt wurde über den erschrekkenden Schmutz in Neapel und Umgebung, obwohl bekannt, daß hier der höchste Prozentsatz von Kindersterblichkeit von Infektionskrankheiten (Typhus, Polio, Hepatitis) von ganz Europa besteht, rührte die Bourgeoisie keinen Finger: Müllabfuhr blieb weiterhin Privileg der Haupt- und Prachtstraßen, ebenso Kanalisation und Wasserleitungen. Selbst jetzt, auf dem Höhepunkt der Epedemie, denkt man nicht an die Beseitigung des Mülls in den Arbeitervierteln, geschweige denn an eine Desinfektion der Straßen.

Bevölkerung protestiert mit Barrikadenbau.

Die NATO verspricht großartig Hilfe. Was kommt, sind sieben Sanitäter! Aus den USA kommt eine (!) Impfpistole. Ansonsten werden herkömmliche Spritzen benutzt, mit denen man wochenlang braucht, um eine Stadt wie Neapel zu versorgen. Erst am 2.9. erwirbt die Stadt Neapel 7 solche Pistolen; Schließlich kosten sie 21 000 DM...! (Wieviel kostet wohl die Limousine des Gesundheitsministers?)

Täglich stehen Tausende von Neapolitanern vergeblich 10 bis 12 Stunden vor den Impflokalen an, weil entweder der Impfstoff oder die Spritzen ausgegangen sind. Desinfektionsmittel und Sulfonamide gibt es ebenfalls nicht mehr - sie werden bereits zu Schwarzmarktpreisen gehandelt. Geldgierige Scharlatane verkaufen die zweifelhaftesten Chemikalien als 'Medikament'. Erst am 1.9., also bereits eine Woche nach den ersten Todesfällen werden öffentliche Dienst-Impf;Stellen eingerichtet. Auf den Druck der Massen hin haben die Apotheken auch am Wochenende geöffnet.

Anders aber in Bari, wohin sich die Seuche auch am Wochenende inzwischen ausgedehnt hat. Ein offizieller Sprecher: "Leider haben wir vergessen, einen Apothekendienst anzuordnen." Das Ergebnis dieses "Vergessen": 2 Tote am Wochenende in Bari. Der Bürgermeister von Torre del Greco, der Stadt mit den ersten Todesfällen, kommentiert die Epedemie: "Ich habe gehört, daß Lorbeerblätter im Mund Wunder dagegen wirken."

Wie ernst aber die Situation ist, zeigen andere Maßnahmen: Diskussion um völlige Quarantäne der Millionenstadt Neapel, Zerstörung der Muschelbänke und Badeverbot im Golf von Neapel. (Sämtliche Abwässer werden hier ins Meer geleitet).In vielen Städten Schließung von Badeanstalten, Fußballstadien, Kirchen, Kinos usw. .- also Verhinderung von Massenansammlungen. Bloss die grössten täglicher Massenansammlungen in überhitzten und staubigen Fabrikhallen, die werden nicht verboten. Profit geht über Leichen.

Aber das neapolitanische und italienische Volk nimmt die Cholera nicht wie einen Schicksalsschlag hin. Unter Führung der Arbeiterklasse wird der Kampf aufgenommen:

— 31.8.: Streiks bei Pirelli in Arcofelice bei Nepale, bei Mobil, bei den Eisenbahnbeschäftigten von Pietrarsa, bei der Post, im Hafen und anderswo. Die einmütige Forderung: "Sofortige Impfung und Desinfizierung der Arbeitsplätze." Ein Arbeiter: "Hier kommen viele Pendler aus der ganzen Gegend her, wir wollen nicht die Infektionsträger sein. Deshalb: Entweder ihr impft uns oder wir arbeiten nicht weiter!"

In fast allen Arbeiterviertel von Neapel gibt es regelrechte Strassenschlachten, Barrikaden werden errichtet und aus Protest Matrazen auf der Strasse verbrannt, um den Behörden ein Ultimatum für Impfung und Desinfektion zu setzen. Ganze Straßenzüge werden besetzt. Die Bourgeoisie setzt ganz besonders scharfe Spezialeinheiten der Polizei ein, die mit Tränengas vorgehen.

Statt sofortige Impfungen durchzuführen, schüttet die Bourgeoisie Säcke voll Sulfonamide in die aufgebrachte Menge von Torre del Greco. Die Massen ziehen darauf in einem Demonstrationszug direkt vor das Haus des Brügermeisters Ciro Ferrer, der ihnen den Rat mit den Lorbeerblättern gegeben hatte.

Als am nächsten Tag immer noch kein Impfstoff da ist, versammeln sich die Massen vorm Rathaus: Niemand ist aufzufinden, der Bürgermeister ist geflüchtet. Aber die Massen kommen ihm auf die Spur. Trotz riesigem Polizeiaufgebot und Verrammelung seines Zufluchtortes dringen sie zum Bürgermeister ein und verhandeln mit ihm. Die Frauen und Jugendlichen harren solange aus, bis die sofortige Massenimpfung zugesichert ist.

— in Herkulanum treibt die Polizei mit Tränengas die Frauen auseinander. die sich massenhaft vor der Verteilerstelle für Antibiotika versammeln;

— In Bagnoli (Zentrum des Stahlwerks 'Italsider') gehen die Proletarier — da es keine öffentlichen Impstellen gibt — zum Natoquartier. Aber die Amis impfen nur sich selbst. Als sie darauf zum Rathaus gehen, eröffnet man ihnen: "Absolut kein Impfstoff da." Die Antwort der Frauen und Arbeiter von 'Italsider': Besetzung des Rathauses von Bagnoli. Der Vorschlag der P'C'I (der italienischen D'K'P), "die Situation nicht noch mehr zu verschärfen, mit der Besetzung aufzuhören und eine Delegation zum Bürgermeister zu schicken", wird abgelehnt. Stattdessen stellen Frauen und Arbeiter das Ultimatum: Heute noch hat der Impfstoff da zu sein.

— die 600 Gefangenen des Gefängnisses 'Corso Sicilia' in Bari treten am 3.9. in den Streik.

— die zu tausenden in den Kasernen von Bari stationierten Soldaten fordern schärfstens sofortige Impfung;

— Ab 2.9. Streiks bei Fiat in Bari mit Beginn der Frühschicht. Die Arbeiter der Spätschicht müssen heimgeschickt werden. Bei Fiat gibt es bereits 3 Cholerafälle.
Auch die Fabrik 'Hettemarks' wird geschlossen. In den Fabriken 'Breda Aconda' und 'OM' werden durch Streiks Impfungen erzwungen.

— in den Arbeitervierteln Baris werden Forderungen aufgestellt wie:
1. Impfung für jeden, vorzugsweise für die Bewohner der Arbeiterviertel, die Arbeiter und die, die im öffentlichen Dienst arbeiten!
2. Vollständige Desinfizierung der Stadt (Auf diese Forderung hin hat der Stadtrat bereits einen Plan ausgearbeitet: die Arbeiterviertel erscheinen nicht darin! Am 2.9. wurden Zentrum und Rathausviertel desinfiizert, Anmerkung des Korr.).
3. In den Vierteln, in denen es keine Kanalisation gibt, wie z.B. in der Altstadt Baris, Einsetzung eines Dienstes zum Wegschaffen der Abwässer;
.....
6. Vollständige finanzielle Entschädigung der Fischer, die ihre Meeresfrüchte nicht mehr verkaufen können (Das Essen von Muscheln und Krabben etc. ist in höchstem Maße gefährlich, der Verkauf zum größten Teil verboten. Muschelbänke an den Küsten werden zerstört — der Korr.).
7. Sofortige Entlassung der Verantwortlichen des Gesundheitsdienstes, die mehrer eTage lang die Cholerafälle verschwiegen haben und auch heute noch die Situation beschönigen.

Revisionistisches

Prag säubert Bibliotheken

Unter dieser Überschrift berichtet das Offertenblatt 'Zentralblatt': "Eine grossangelegte 'Säuberungsaktion' führt das Kultusministerium der CSSR in allen Bibliotheken des Landes durch. Tausende von Büchern, die geeignet sind, unerwünschte Gefühle in den Tschechen und Slowaken zu wecken, fallen dieser Durchforstung zum Opfer. (...)

Man hat die Bibliotheksleiter zusammen mit den Bibliothekarinnen in Sonderkursen für diese Aktion getrimmt: Sie machen nächtliche Überstunden, um die 'entarteten' Bücher aus den Katalogen zu streichen. Dabei müssen sie ganze Listen umschreiben. Dennoch scheint es einige undichte Stellen zu geben, denn die früheren Listen kursieren bereits unter der Bevölkerung.

Maos, Titos und Ceausescus Werke verschwanden schon längst aus den Bibliotheken, jetzt sind sogar Engels, Marx und Lenin an der Reihe. Vor allem Schriften mit Vorworten, in denen sich Marx mit zum russischen Imperialismus äussert, Lenin zur Nationalitätenpolitik, über gerechte und ungerechte Kriege und last not least über Annexionen und Unterwerfung anderer Völker." — Kommentar überflüssig!



Fortsetzung von Seite 1

Angriff des US - Imperialismus auf die Völker Lateinamerikas

der chilenischen nationalen Bourgeoisie, die zum eigenen Vorteil den US-Imperialismus aus dem Land drängen wollte. **Zu schwach, dies allein, mit eigenen Kräften zu erreichen, ging die nationale Bourgeoisie ein Bündnis mit der Arbeiterklasse und den Bauern ein, in** dem sie die Führung hatte.

Durch Verstaatlichung der großen US-Firmen, wie Anaconda, Conecott und ITT hatte die Allende-Regierung dem US-Imperialismus eine schwere Niederlage zugefügt und dadurch große Sympathien bei den gegen den US-Imperialismus kämpfenden Völkern Lateinamerikas gewonnen.

Als Vertreter der nationalen Bourgeoisie mußte Allende sich aber gleichzeitig des ständig wachsenden Klassenkampfes der Arbeiter und Bauern erwehren, die grundsätzlich vom Los der Ausbeutung befreit werden wollten. Um einer drohenden proletarischen Revolution vorzubeugen, versprach er, das Land auf friedlichem, verfassungsmäßigen Weg zum Sozialismus zu führen.

Die wirtschaftliche Austrocknung Chiles durch den US-Imperialismus verschärfte die Widersprüche im chilenischen Volk. Arbeiterklasse und Bauern forderten die Erfüllung des Versprechens, das Land zum Sozialismus zu führen, und verliehen dem durch Fabrik- und Landbesetzungen Nachdruck. **Die Arbeiter in den Industrievierteln bewaffneten sich.** In dem Maße, in dem die nationale Bourgeoisie durch den Klassenkampf der Arbeiter und Bauern ihre Führungsrolle schwinden und den eigenen Besitzstand bedroht sah, wurden Teile von ihr schwankend und schlossen sich der Reaktion an, wie z.B. die Fuhrunternehmer, die durch ihren als Streik ausgegebenen Boykott das Transportwesen Chiles zu einem großen Teil lahmlegten.

Die Niederlage der Volksfront hat folgenschwere Auswirkungen. Die von der Arbeiterklasse erkämpften Fortschritte werden von der Militärjunta liquidiert. Unter den Arbeitern, Bauern und fortschrittlichen Kräften im Lande richtet sie ein Blutbad an. **Hier bewahrheitet sich, daß ein Bündnis zwischen nationaler Bourgeoisie und Arbeiterklasse nur dann den Imperialismus konsequent bekämpfen kann, wenn die Arbeiterklasse die Führung innehat.**

Die Unbeständigkeit der Regierung Allende und ihre Unfähigkeit die Reaktion in die Schranken zu weisen, konnte nur solche verhängnisvolle Folgen für das Land haben. Die Ereignisse in Chile sind kein Zufall und keine Ausnahme. Die Geschichte hat inzwischen vollkommen bewiesen, daß die Bourgeoisie und Reaktion niemals zulassen, daß ihre Grundintersssen angetastet werden. Die Ereignisse in Chile beweisen auch, daß die revisionistische Theorie vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus völlig falsch ist.

Die Arbeiterklasse hat nach dem Putsch und der Machtübernahme durch die Militärjunta den bewaffneten Kampf gegen den US-Imperialismus und die nationale Bourgeoisie in Chile aufgenommen. Mit ihr zusammen stehen alle unterdrückten Völker Lateinamerikas und der Welt. An ihrer Seite stehen die Proletarier aller Länder, um sie in ihrem Kampf durch Klassenkampf im eigenen Land zu unterstützen.



DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Lernen wir vom X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas



Die Genossen Mao Tsetung, Tschou En-lai und Wang Hung-wen auf der Tribüne des Präsidiums des X. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas

Die ruhmreiche Kommunistische Partei Chinas hat auf dem X. Parteitag ihre reichen Erfahrungen im Klassenkampf der letzten Jahre zusammengefaßt und so ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie weiter konkretisiert und vertieft. Sie hat vor allem auf drei wichtige Fragen der Revolution Antwort gegeben:

1. Man muss den Marxismus praktizieren und nicht den Revisionismus.

2. Man muß die Widersprüche im Volk richtig behandeln, um sie zu lösen.

3. Man muß das Komplott der Supermächte gegen die Völker der Welt bekämpfen.

Es ist die Aufgabe jedes Kommunisten ,aus den Dokumenten des X. Parteitages zu lernen und ihre Lehren im Klassenkampf anzuwenden. Der ROTE MORGEN setzt in den nächsten 3 Nummern seinen Bericht über den X. Parteitag fort.

Man muss den Marxismus praktizieren nicht den Revisionismus !

"Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ideologischen und politischen Linie entscheidet alles. Ist die Linie unrichtig, wird man scheitern, auch wenn man die Zentral- oder Lokalführung sowie die Führung der Armee innehat. Ist die Linie richtig, wird man Soldaten finden können, auch wenn man noch keinen einzigen hat, wird man die politische Macht ergreifen können, auch wenn man sie noch nicht in Händen hat" lehrt Mao Tsetung.

Der X. Parteitag hat bewiesen, wie richtig diese Worte sind. Liu Schao-tschi und Lin Piao, die den Marxismus-Leninismus verraten haben, sind gescheitert. Sie konnten die korrekte Linie der KP Chinas nicht zersetzen, sie konnten das sozialistische China nicht auf den Weg des Kapitalismus zurückzerren.

Den Kampf zweier Linien in der Partei führen! Sich eng mit den Massen verbinden !

Der moderne Revisionismus ist eine furchtbare Waffe in der Hand des Klassenfeindes. Tausendmal haben die Arbeiter in aller Welt erlebt, wie ihr Kampf von den Revisionisten sabotiert wurde, wie diese Verräter ihnen die Waffen aus der Hand schlugen. Tausendmal haben wir gesehen, wie eine Kommunistische Partei, die nachließ im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, von innen her zersetzt wurde und im Sump: des Revisionismus endete. In sozialistischen Staaten wie China und Albanien schickt die Bourgeoisie die Revisionisten als Vortrupp an die Front, um die politische Macht zurückzuerobern.

Der X. Parteitag hat auf diese Gefahren hingewiesen. Zugleich hat er uns die Waffen gezeigt, die wir Kommunisten haben, um den modernen Revisionismus, diesen Agenten in der Arbeiterbewegung zu schlagen.

Eine Partei wird dann nicht vom korrekten Weg des Marxismus-Leninismus abweichen, wenn sie unermüdlich in ihren eigenen Reihen den Kampf gegen die bürgerliche Linie führt. **"Es ist notwendig, in unserer Arbeit nicht nur die konkreten jeweiligen Arbeitsrichtlinien und die jeweilige konkrete Politik der Partei zu beachten, sondern vor allem großen Wert auf die grundsätzliche Linie und Politik der Partei zu legen."**(Rechenschaftsbericht des Genossen Tschou En-Lai). Der Kampf zwischen den Klassen in der Gesellschaft spiegelt sich in der Partei wider als Kampf zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Linie. Nur wenn eine Partei niemals zurückweicht an dieser Front des Klassenkampfes, wenn sie niemals nachläßt im Kampf zweier Linien in der Partei, ist gesichert, daß sie auf dem Weg zur Revolution nicht die Farbe wechselt.

Gleichzeitig muß sich die Partei eng mit den Massen verbinden, von ihnen lernen und sie mobilisieren im Kampf gegen den Revisionismus. Nur dann können Volksfeinde vom Schlag der Revisionisten isoliert werden. Der Sieg über Lin Biao zeigt, daß eine Partei, die sich auf die revolutionären Massen stützt unschlagbar ist.

Eine solche Partei, die diese Gesetze des Marxismus-Leninismus beachtet, wird der revolutionären Linie treu bleiben. Es wird ihr gelingen, aus jeder Klassenschlacht gestärkt hervorzugehen: **"Die parteifeindliche Clique um Lin Biao hat den mit gewaltiger Wucht vorwärts treibenden Strom der Revolution des chinesischen Volkes nicht aufgehalten und auch nicht aufhalten können. Im Gegenteil - die gesamte Partei, die ganze Armee und das ganze Volk wurden noch mehr angespornt, sich zusammenzuschließen, um noch größere Siege zu erringen." (Tschou En-lai)**

Alle sieben bis acht Jahre wird es Kulturrevolutionen geben !

Der Haß der Imperialisten und Kapitalisten in aller Welt auf die sozialistischen Staaten ist unermeßlich. Sie rüsten sich zu bewaffneten Angriffen auf die Volksrepubliken China und Albanien, vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten. Gleichzeitig versuchen sie, gemeinsam mit den bürgerlichen Elementen in diesen Ländern, den Sozialismus zu zerschlagen und den Revisionismus an die Macht zu bringen. "Der Machtantritt des Revisionismus" lehrt Genosse Mao Tsetung, " bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie."

Vor der Restauration des Kapitalismus hat sich die VR China geschützt durch die Große Proletarische Kulturrevolution. Sie ist "absolut notwendig und wird genau zur rechten Zeit durchgeführt, um die Diktatur des Proletaritats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern und den Sozialismus aufzubauen" erklärte Genosse Wang Hung-wen in seinem Bericht zur Abänderung des Parteistatuts. Er wies hin auf das Wort Mao Tsetungs: "Durch große Unruhen kommt es zu Ordnung auf der Erde. Alle sieben bis acht Jahre einmal wird sich dies wieder ereignen. Ihre Klassenantur bedingt, daß sie bestimmt auf den Plan treten."

Regelmäßig kommt es im Kapitalismus zu Wirtschaftskrisen und Kriegen. Sie sind verbunden mit einer Zuspitzung der Widersüruche und Verschärfung des Klassenkampfes. Ebenso verschärft sich in einem sozialistischen Land der Klassenkampf in regelmäßigen Abständen. Die Bourgeoisie schläft niemals! Unermüdlich arbeitet sie an der Rückeroberung der Macht. Sie sammelt Kräfte, geht Komplotte ein mit den Imperialisten und Reaktionären aller Länder, schlägt zu, wenn sie sich stark genug glaubt. Nur durch 'regelmäßige politische Revolutionen des Proletariats gegen die Bourgeoisie unter den Bedingungen des Sozialismus' (Wang Hung-wen) können diese reaktionären Staatsstreiche zerschlagen werden

Es lebe die grosse proletarische Kulturrevolution !

Rassenhetze in Indonesien

In einem Brief aus Bandung an einen Bekannten in Westdeutschland berichtet eine junge Indonesierin, chinesischer Abstammung, über die chinafeindlichen Aktionen indonesischer Reaktionäre. Ähnlich wie im Hitlerdeutschland gegen Juden gehetzt wurde, betreiben reaktionäre indonesische Kreise antichinesische Rassenhetzte.

Am 5. August ist es dabei zu einem ungeheuren Zwischenfall gekommen: Nachdem ein chinesischer Ortsansässiger mit einem Frachtkarren zusammengestoßen war, nahmen dies von Reaktionären aufgehetzte Rowdys zum Vorwand, um ein Massaker unter der chinesischen Bevölkerung Bandungs anzurichten.

Die Peking Rundschau stellt dazu fest, daß dieser chinafeindliche Zwischenfall keineswegs zufällig war, "sondern eine organisierte Aktion' Er brachte den Chinesen in Indonesien große Verluste. Ihr Leben und Vermögen sind gefährdet, was die Besorgnis der öffentlichen Meinung in Indonesien und im Ausland erregt hat. Das indonesische Volk forderte die Behörden auf, entschlossene Maßnahmen zu treffen, um die Anführer des Zwischenfalls streng zu bestrafen und ähnliche Ereignisse zu verhindern." (PR 35/36, 73).

In dem Brief heißt es:

Am 5. August kam es in Bandung zu Vorfällen, die denen vom 10. Mai ähnelten, erinnerst Du Dich noch daran? Diesmal war es noch viel grausamer. Viele Indonesier chinesischer Abstammung wurden umgebracht, und sicher wird es noch viele Opfer geben. Es gab überall Folterungen, Mädchen wurden die Kleider heruntergerissen und vergewaltigt. Ach, es ist so entsetzlich, weißt Du?

Glücklicherweise ist Oong bei mir. Als dieses Räuberpack sich etwa gegen 10 Uhr abends unserer Wohnung näherte, weilte ich gerade bei Atjin, um Casetten zu hören. Sofort ergriffen alle die Flucht, die Lampen vergaßen sie auszulöschen. Alle begaben sich in das hinterste Zimmer neben der Küche. Ton, gegen 20 Uhr hörten wir, daß Häuser verbrannt worden waren, Leute in Wohnungen eingedrungen waren, Sachen, wie Fernseher, Kühlschränke, Möbel und anderes verbrannt worden waren. Da bekamen wir schreckliche Angst, alle versteckten sich unter den Betten. Zum Glück waren die Fenster mit Eisen vergittert, so daß das Räuberpack, das mit Hilfe von Brechstangen einzudringen versuchte, erfolglos blieb, da nur Risse in der Häuserwand entstanden. Erst nach längerer Zeit gaben sie den Versuch auf, in unser Haus einzudringen.

Als das Räuberpack die Häuser mit Steinen bewarf, schrien sie aus vollem Halse: "Chinese, mach daß Du rauskommst! Wir bringen Dich eigenhändig um! Du sollst Dich nicht verkreicehn, sonst werden wir Dein Haus anzünden!"

Ton, erst um 3 Uhr morgens konnten wir uns zur Ruhe legen, um 6 Uhr wurden wir schon wieder geweckt, (wir schliefen bei unserem Nachbarn) um die Fenster und Türen auszubessern, da wir Angst hatten, sie könnten wiederkommen. Wir hatten keine Bretter und mußten mit den hölzernen Matratzenunterlagen vorlieb nehmen. Auf diese Weise versuchten wir, alle Fenster dicht zu machen; es reichte aber nicht aus und so waren wir gezwungen, Abok um Hilfe zu bitten. Bis jetzt schlafen wir noch zusammen. Stell Dir mal vor: Sechs Menschen in einem Zimmer. Die Hitze ist nicht auszuhalten.

Es waren bestimmt Hunderte von Leuten, die durch Bambusspeere und Hackmesser umkamen. Die Zeitung berichtet allein von 308 Personen, ungerechnet diejenigen, von denen man noch nichts weiß.

Falls sich die Mädchen weigerten, sich ausziehen zu lassen, wurde ihre Gesichter mit einer Holzsäge zersägt, es waren junge Mädchen, weißt Du? Oh Ton, das war richtig grausam. Ich wagte mich nicht hinaus; zu Hause bin ich auch schon sehr verängstigt! Abok's Schwägerin wurde wahnsinnig; Du mußt nämlich wissen, daß Ihr Mann die Stadt verlassen hatte; sie blieb mit ihren beiden Kindern alleine. Plötzlich wurde ihre Tür aufgebrochen, das Räuberpack kam herein; es wurde ganze Arbeit geleistet. Nur die Kleider, die man am Leib trug, blieben übrig. Sie wurde sofort wahnsinnig und jetzt befindet sie sich im Irrenhaus. Ach – wie traurig ist das!

Noch abscheulicher sah es in der Tjitjadas-Str. aus. Abok erzählte, die Straße wäre voller Blut gewesen, als ob man Hühner geschlachtet hätte. Frauenhaare lagen zerstreut auf der Straße. Es war sehr sadistisch! Wenn Du, Ton, es nicht mit eigenen Augen siehst, wirst Du es kaum glauben.

Ton, in der Stadt Tjiandjur wurde die Hälfte der Chinesen umgebracht. – Wie grausig! Ton, frage Deine Familie, ob sie verschont geblieben ist, da ich es noch nicht weiß. Ich habe mich nicht einmal nach draußen gewagt, weil sie Jungfrauen suchen. Es ist wirklich beängstigend! In der Tat sind die Indonesier chinesischer Abstammung, hier alle bedroht und haben Angst. Deine ....

'KPD'-Führer arbeiten den modernen Revisionisten in die Hände!

Die breite Streikbewegung bei den Metallern gegen Lohnraub, Teuerung und Inflation ist vorübergehend, nachdem die Forderungen zum Teil erfüllt worden sind, abgeflaut. Polizeieinheiten konnten vielfach auf Geheiß von Kapital und Gewerkschaftsführung den Streiks gewaltsam ein Ende setzen. Die Revisionisten sind dabei beste Helfer gewesen. Gemeinsam mit den DGB-Führern haben die D'K'P-Revisionisten gegen die wichtige Errungenschaft der streikenden Arbeiter, gegen die eigene Streikführung gehetzt, um so den Polizeieinsätzen den Boden zu bereiten. Bei den Polizeieinsätzen selbst haben sie zwar 'Protest'-Schreiben an Innenminister usw. geschickt, aber tatenlos zugesehen, wie Polizeieinheiten gegen die streikenden Kollegen vorgingen.

Aber auch die 'KPD'-Führer haben mit ihrer Politik dazu beigetragen, daß es der Bourgeoisie gelang, den Streiks gewaltsam ein Ende zu setzen. Während die D'K'P-Revisionisten offen die Entwaffnung der Arbeiter betrieben, indem sie gegen die Streikleitungen der Arbeiter anging, haben die 'KPD'-Führer ihnen dabei das Wasser gereicht: Mit der Methode der Revisionisten, nämlich unter dem Deckmantel des Kampfes gegen 'Linksradikalismus', haben sie Werksbesetzungen verhindert, die Arbeiter nicht auf die Auseinandersetzungen mit dem Machtapparat des Staates der Polizei, vorbereitet. Sie gingen soweit, offen gegen rote Fahnen und Transparente Ordnertrupps einzusetzen!

Während der Streiks in den letzten Wochen war aufgrund des verschärften Lohnraubs und der ständigen Teuerung die Kampfentschlossenheit der Arbeiter so stark, daß die IGM Führung in vielen Betrieben der Lage anfangs ziemlich hilflos gegenüberstand: Obwohl die IGM-Führer ihren ganzen reaktionären Einfluß geltend machten, ließen sich die Kollegen nicht wie gewohnt gängeln. So war es insbesondere die Aufgabe aller Revisionisten, mit ihrer Parole "Der DGB-Führung den Rücken stärken", die Arbeiter wieder unter die Fuchtel der DGB-Führung zu zerren, um so den eigenständigen Aktionen des Proletariats ein Ende zu setzen.

Eine äußerst wichtige Errungenschaft der streikenden Kollegen waren die eigenständigen Streikleitungen in mehreren Betrieben, die ohne die Gewerkschaftsführung von den Kollegen gebildet wurden. Sie waren eine wichtige Waffe der Streikenden, um dem Kapital und dem reaktionären Einfluß der IGM-Führung organisiert entgegenzutreten. Diese Leitungen sind eine Notwendigkeit, um der Bewegung Eigenständigkeit und Festigkeit gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu verleihen.

Das zeigte sich besonders bei Ford: Die Kollegen waren bereit, jeder Anordnung ihrer Streikleitung Folge zu leisten – trotz und gegen die Hetze der Gewerkschaftsführer.
Gerade dies zeigt, daß die Bewegung der Arbeiter keineswegs 'chaotisch', sondern sehr diszipliniert ist. Und eben diese Diszipliniertheit, die Festigkeit der Bewegung, das ist es, was die Bourgeoisie an den Streiks so fürchtet.
So hatten die D'K'P-Revisionisten leichteres Spiel in den Betrieben, wo keine Streikleitung bestand, z.B. bei Opel. Dort konnte Revisionist Jascyk sich an die Spitze eines Demonstrationszuges setzen, um zu verhindern, daß eine Demonstration durch die Stadt gemacht wurde – hier fehlte eben noch eine Leitung, welche die richtigen Weisungen gegeben hätte.

D'K'P gegen Streikleitung

Für die D'K'P-Revisionisten waren diese selbstgewählten Streikleitungen wie bei Pierburg, Ford, Valvo usw. ein großes Dilemma: Sie selbst konnten nicht in diese Leitungen hineingehen, um die Sache von innen her abzuwürgen. Damit nämlich hätten sie sich zumindest äußerlich gegen die Gewerkschaftsführung gestellt und ihrer Anbiederung bei Leuten wie Vetter und Loderer Steine in den Weg gelegt.
Dort, wo es Streikleitungen gab, standen sie außerhalb der Bewegung und schrien gemeinsam mit den IGM-Bonzen: "Hört nicht auf die Chaoten, hört auf die Vertrauensleute der IGM!"

So billigten sie auch die Polizeieinsätze gegen die streikenden Kollegen. Zwar schickten D'K'P-Führer Protestresolutionen an Regierung, protestierten gegen die Geschäftsleitungen, die Polizei einsetzt. Sie rührten aber wie bei Ford keinen Finger gegen die eingreifende Polizei. Im Gegenteil: Als bei Ford Polizeitrupps gegen die streikenden Kollegen vorgingen, um insbesondere die Streikleitung zu verhaften, standen D'K'P-Betriebsratsmitglieder – wenn auch bleich – zusammen mit dem reaktionären Betriebsratsklüngel, der die Polizei selbst gerufen hatte.
Diese Machenschaften, ihre enge Zusammenarbeit mit Kapital und Gewerkschaftsführung, ihre Lügen über das friedliche Nachgeben der Kapitalisten können sie auch nicht dadurch vertuschen, daß sie gegen uns und alle fortschrittlichen Kollegen als "die Chaoten" und "Linkssektierer" hetzen.

Was sich bei den Streiks nun gezeigt hat, ist, daß die 'KPD'-Führer dann und dort auf den Plan traten, wo die D'K'P-Revisionisten nicht unmittelbar ihren Einfluß geltend machen konnten. Wie zum Beispiel in den selbstgewählten Streikleitungen, in welche die D'K'P-Revisionisten nicht hineingehen konnten, ohne ihre Parole "Stärkt die DGB-Führung" über den Haufen zu werfen.
Unter dem Deckmantel des revisionistischen Geschreis gegen die "Linkssektierer", sind die 'KPD'-Führer dort gegen eine konsequente revolutionäre Politik aufgetreten, so daß sie den Revisionisten durchaus das Wasser reichen können.

Betriebsbesetzung - linksradikal ?

Als während des Streiks beim Philipswerk Valvo in Aachen die Streikbrecher zunahmen, stellten jugoslawische und türkische Kollegen die Forderung, den Betrieb zu besetzen: "Wenn alle mitmachen, stürmen wir morgen den Betrieb." Auch innerhalb der Streikleitung gab es Kollegen, die diese Auffassung vertraten.
Was aber tat die 'KPD'? Sie stellte sich gegen diese berechtigte Forderung der Kollegen: Die Forderung sei 'linksradikal' und stamme von der KPD/ML! Was bisher so offen nur von D'K'P-Revisionisten zu hören war – jetzt rufen es auch die 'KPD'-Führer.

Selbstverständlich hat unsere Partei diese Forderung der Kollegen unterstützt!

Worum geht es denn bei der Besetzung eines Werks? Es geht darum, daß Streikbrechertum wirksam bekämpft, daß die Maschinen stillstehen. Und das ist eine berechtigte Forderung, die die Streikfront gegen das Kapital stärkt, eine Forderung, für die man unter den Kollegen kämpfen muß! Bei Valvo waren viele türkische und jugoslawische Arbeiter dazu bereit. Sie waren es, die die Parole ausgaben, "morgen stürmen wir den Betrieb". Und da ist es wahrhaftig die Pflicht unserer Partei, die Pflicht eines jeden Kommunisten, diese Forderung zu unterstützen und unter den Kollegen zu propagieren.

Die 'KPD' aber hat diese Forderung der fortschrittlichsten Kollegen nicht aufgegriffen, sondern ihren Einfluß in der Streikleitung dazu genutzt, diese Forderung zu torpedieren. Dadurch war es weiterhin der Werksleitung möglich, durch Polizeieinsatz Streikbrecher per Bus ins Werk zu bringen und eine völlige Stillegung der Produktion zu verhindern.
Das ist Abwiegelei, nicht anders als es in anderen Betrieben die D'K'P betrieben hat. Und zwar unter dem gleichen Mantel: indem das Gespenst des Linskradikalismus an die Wand gemalt wird.

Bei Ford war es der Bourgeoisie gelungen, durch offene Gewalt, verbunden mit einer ungeheuren Hetzkampagne gegen die kämpferischen ausländischen Kollegen, den Streik zu beenden. Gemeinsam mit Meistern, Obermeistern und reaktionären Betriebsräten knüppelten Polizeitrupps die Übermacht von 3 000 streikenden Kollegen auseinander und verhafteten die Streikleitung.
Wie war das möglich?

Die Streikleitung hat von Anfang an versäumt, die streikenden Kollegen auf einen Angriff der Polizei vorzubereiten und sie dagegen zu wappnen. Hätte die Streikleitung nur aus Kollegen bestanden, die aufgrund ihrer Kampfentschlossenheit sich an die Spitze der Streikenden gestellt haben, dann würde dieser Fehler auf Unerfahrenheit beruhen und die Kollegen würden aus ihren gewonnen Erfahrungen für den nächsten Streik lernen.

Tatsächlich aber hatten die 'KPD'-Führer einen starken Einfluß auf die Streikleitung – wie Horlemann auch noch stolz im Fernsehen behaupten mag. Und da ist es allerdings nicht eine Frage der Erfahrenheit der 'KPD'-Führer, sondern eine Frage ihrer politischen Linie.

Angesichts der starken Aufrüstung der Polizeikräfte durch Innenminister Weyer, angesichts dessen, daß sein Ministerium nicht einmal verhehlte, daß diese Aufrüstung für den 'heißen Herbst' der Lohnkämpfe getrieben wurde, war es jedem vernünftigen Menschen klar, daß diese Aufrüstung auch zur Geltung gebracht würde.
Und jedem Kommunisten ist klar, daß die Bourgeoisie dann zur offenen Gewalt übergeht, wenn sie die Bewegung der Arbeiterklasse durch den Einfluß ihrer Ideologen – von der bürgerlichen Presse bis hin zu den Revisionisten – allein nicht mehr unter Kontrolle bekommt.

Über tausend Polizisten standen vor den Toren bei Ford – Da können sich die 'KPD'-Führer nicht herausreden, sie hätten den Polizeiüberfall nicht erwartet.

Trotzdem aber hat die 'KPD' ihren Einfluß auf die Streikleitung nicht dazu genutzt, um die Kollegen vorzubereiten auf den Überfall, daraufhinzuarbeiten, daß die Kollegen organisiert den Polizeiangriff zurückwerfen können. Und das ist kein Zufall, sondern vielmehr der grundlegende Unterschied zwischen der opportunistischen Politik der 'KPD'-Führer und dem gegenwärtigen Eingreifen unserer Partei in die Kämpfe des Proletariats.

Unsere Partei arbeitet konsequent daran, im Verlauf der Kämpfe immer wieder den grundlegenden Ausweg des Proletariats, die Revolution und die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zu propagieren, um so die fortschrittlichsten Arbeiter zur Avantgarde zu sammeln und zu schmieden, damit sie die revolutionären Ziele des Proletariats in den Kampf der Arbeiterklasse hineintragen.

Die 'KPD' aber wirft uns vor, daß diese Propaganda für die Revolution im Zusammenhang mit den Kämpfen der Arbeiter für ihre Tagesinteressen Ausdruck von mindestens 40 Grad Fieber sei. Heute die Revolution propagieren, überhaupt dies innerhalb der Arbeiterklasse zu tun, daß ist es, wogegen die 'KPD'-Führer ihr Geschrei über den Linksradikalismus wenden. Sie werfen uns vor, daß wir die Revolution propagieren, während sie jetzt daran arbeiten würden, die Massen zu führen.

Bei Ford hat sich gezeigt: Die 'KPD'-Führer sind darauf aus, die Massen zu führen – um jeden Preis, auch auf Kosten der revolutionären Linie.
Sie haben nicht den kämpfenden Arbeitern gezeigt, wieviele Gesichter die Bourgeoisie hat, und mit welchen Methoden sie bereit ist, ihre Herrschaft zu sichern, haben die Kollegen nicht gelehrt, wie der Kampf gegen den Feind geführt werden muß. Aus ihrem Opportunismus heraus haben sie der Arbeiterklasse die Wahrheit verschwiegen und sie den Knüppeln der Polizeitruppen überlassen.

Das aber ist nichts anderes als Entwaffnung der Arbeiterklasse. Das aber heißt das Geschäft der Revisionisten zu stützen, die sich die größte Mühe geben, in der Arbeiterklasse die Illusion zu verbreiten, daß die Brandt-Regierung arbeiterfreundlich sei, daß die Arbeiter friedlich ihre Ziele verwirklichen könne.

Nur im Kampf gegen die Verbreitung dieser Illusionen, kann von vornherein klar gezeigt werden, daß bereits jeder Polizist vor den Toren eine Provokation der Bourgeoisie darstellt, die entsprechend beantwortet werden muß.

Die 'KPD'-Führer aber verbreiten vielmehr selbst solche Illusionen: In dem Bericht des ZK der 'KPD' an die 4. Parteikonferenz gestehen sie zwar zu, daß die SPD sich nicht scheut, "brutale polizeiliche Maßnahmen anzuwenden, wie z.B. Streikbruch durch Polizeieinsatz." Gleich im nächsten Satz aber verwischen sie die tatsächliche Bedrohung: "Diese Terrormaßnahmen tragen jedoch gegenwärtig noch keinen systematischen Charakter." (Seite 57/58).
Der systematische Charakter aber besteht gerade darin, daß wenn die Arbeiterklasse eigenständig marschiert und die bürgerliche Ideologie allein sie nicht aufhalten kann, daß dann die reaktionäre Gewalt der Bourgeoisie zu Tage tritt – ob unter einer SPD-Regierung oder einer D'K'P-Regierung, darin besteht dann kein Unterschied.

Kampfansage gegen Kommunisten

Wie weit der Opportunismus der 'KPD'-Führer geht, wie weit sie darauf verzichten, die Massen zur Revolution zu erziehen, zeigt am klarsten ihr Vorgehen während einer Solidaritätsdemonstration für die entlassenen Fordarbeiter.

Eines ihrer Komitees hatte zu dieser Demonstration aufgerufen. **Ganz offen hatten die 'KPD'-Führer verboten, auf dieser Demonstration rote Fahnen, geschweige denn Parteitransparente zu tragen.**
Damit sind die 'KPD'-Führer in ihrem Opportunismus noch einen Schritt weiter gegangen. Sie selbst spielen "fortschrittliche Massen", anstatt die wirklich fortschrittlichen Kollegen an die Ziele des Kommunismus, an die Revolution heranzuführen.

Diese Anbiederung zeigt zweierlei:
Zum einen zeigt sich die typische Auffassung der Opportunisten, daß die Arbeiterklasse gegen den Kommunismus sei – warum sonst sollten die 'KPD'-Führer ihn verstecken wollen. Zum anderen aber auch, was die 'KPD'-Führer selbst vom Kommunismus halten: Er ist es ihnen nicht wert, daß man ihn konsequent in die Arbeiterklasse hineinträgt. Das ist es, warum sie ihn wie einen Mantel mal anlegen, mal ausziehen.

Als sich Genossen unserer Partei mit einem Parteitransparant und roten Fahnen dem Zug anschlossen, um zu zeigen, daß die Kommunisten konsequent den Kampf der Arbeiter unterstützen, gingen 'KPD'-Ordner gegen unsere Genossen vor, um die roten Fahnen herunterzureißen.

Bei der Abschlußkundgebung riefen sie noch einmal über Megaphon dazu auf, die roten Fahnen zu beseitigen. Daraufhin versuchten erneut 'KPD'-Ordner unsere Genossen zusammenzuschlagen und ihnen die roten Fahnen wegzunehmen. Als dann sogar Polizei eingriff und versuchte, unsere Parteifahne herunterzureißen, und dabei gewaltsam gegen unsere Genossen vorging, waren es die 'KPD'-Führer und ihre Ordner, die dies geschehen ließen, ohne einen Finger gegen die Polizei zu krümmen.

**Das ist eine klare Kampfansage gegen die Kommunisten! Hier sind die 'KPD'-Führer soweit gegangen, gemeinsam mit der Reaktion, gegen die rote Fahne, das Symbol des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und ihre Partei vorzugehen. Bisher war es den Revisionisten der D'K'P vorbehalten, rote Fahnen, Transparente wie "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" zu zerfetzen oder Kränze für antifaschistische Gefallene zu zertrampeln.
Die 'KPD'-Führer haben mit dieser Demonstration allen ehrlichen Marxisten-Leninisten und der Arbeiterklasse gezeigt, daß sie bereit sind, sich auf die Seite der Revisionisten zu schlagen.**

Kitzinger Prozeß:
Die Rote Garde lügt nicht!

Am Montag, den 27.8., ging der Prozeß wegen "Übler Nachrede" gegen eine Genossin der ROTEN GARDE zu Ende. Sie hatte in Kitzingen ein Flugblatt verteilt, in dem aufgedeckt wurde, daß bei der Landmaschinenschlosserei Weidt Lehrlinge geschlagen wurden.

Dieser Prozeß wurde ein Schlag ins Gesicht der Bourgeoisie - denn die Genossin mußte freigesprochen werden.

Dem Prozeß ging eine breite Agitation und Propaganda voraus. In kurzer Zeit hatten sich in einer Unterschriftenliste 350 Menschen mit der Angeklagten solidarisiert.

Am Samstag vor dem Prozeß fand eine Solidaritätsveranstaltung statt. Zu dieser Veranstaltung waren auch zahlreiche Faschisten der NPD erschienen, um zu stören. An diesem Abend wurden vielen von uns die Augen geöffnet über die Gefährlichkeit dieses Feindes. Sie kamen mit ihrer alten Anbiederungstaktik: Wir hätten doch Gemeinsamkeiten, sie seien auch für die Arbeiter und für China, usw.

Wir aber stellten heraus, daß sie lügen, daß es keinerlei Gemeinsamkeiten mit den Faschisten geben kann. Unser Fehler war, daß wir sie nicht von Anfang an gleich rausgeschmissen haben.

Die Verhandlung vor Gericht war dann ein voller Erfolg. Der Gerichtssaal war an beiden Tagen brechend voll. Deshalb führte der Richter die Verhandlung äußerst liberal.

Schon am ersten Tag erwies sich die Anklage als unhaltbar, als sich ein ehemaliger Lehrling über die Zustände in der Firma Weidt ausließ. Der Richter merkte dies und versuchte, der Angeklagten den Mund zu stopfen. Schließlich ließ er die Verhandlung unter dem Vorwand schließen, neue Zeugen laden zu wollen.

Auch am zweiten Verhandlungstag sagten alle Zeugen gegen die Firma aus. So wurden z.B. Lehrlinge erst 14 Tage vor der Prüfung an die Drehbank gelassen, oder ein anderer bekam Schläge, weil er eine Schutzbrille, die keine Gläser hatte,

Schließlich mußte Meister und Firmenchef in den Zeugenstand. Der Meister verweigerte die Aussage, gab aber doch zu, daß der Chef geschlagen hatte. Der Firmenchef schätzte offensichtlich die Lage falsch ein. Er glaubte, der Richter würde trotz der Tatsachen mit ihm gemeinsame Sache machen und es dem 'Pack' einmal zeigen. Aber durch die Solidaritätsbewegung in der Bevölkerung sowie die Zeugenaussagen der Lehrlinge war der Richter gezwungen, gegen den Firmenchef vorzugehen.

Obwohl Firmenchef Weidt durch seine Anzeige den Prozeß ins Rollen gebracht hatte und der Staatsanwalt deshalb Anklage erhob, muß jetzt der Prozeß, nachdem er für Weidt eine Niederlage wurde, nicht von ihm, sondern vom Steuerzahler bezahlt werden.

Der Prozeß brachte uns näher in Verbindung mit den Massen. Viele Kontakte wurden geknüpft. Die Bevölkerung sah, daß wir keine Lügen verbreiten und daß wir konsequent für unsere Ansichten und Behauptungen eintreten. Und die Kitzinger Kapitalisten werden in Zukunft vorsichtiger in der Behandlung der Lehrlinge sein.

Freiheit für die Hamburger Hausbesetzer!

Seit ungefähr vier Monaten sitzen in Hamburg vier Hausbesetzer in Untersuchungshaft. Sie hatten an der Besetzung des Hauses Eckhofstraße 39 in Hamburg teilgenommen.

Das Haus Eckhofstraße 39 sowie der ganze Häuserzug sollen von der Bewo;Bau abgerissen werden zugunsten von Eigentumswohnungen im Preis von 500 000 DM. Um den Machenschaften der Wohnungsspekulanten und Finanzhaie zu begegnen, besetzten Jugendliche das Haus im Mai. Seit Beginn der Hausbesetzung terrorisierte die Polizei die Hausbesetzer durch ständige Provokationen und räumte schließlich mit brutaler Gewalt das Haus. In einer frühmorgendlichen Aktion war das Mobile Einsatzkommando (MEK) der Hamburger Polizei mit Maschinenpistolen in das Haus eingedrungen und fesselte und verhaftete die Jugendlichen.

Seitdem sitzen vier der Hausbesetzer in U-Haft. Sie sollen unter anderem als Hausbesetzer nach dem § 129 als "Zugehörige einer Kriminellen Organisation" verurteilt werden. Wie viele politische Gefangene sind auch sie Folterungen ausgesetzt. Sie befinden sich in Isolierhaft, dürfen keine Besucher empfangen und stehen unter verschärften Haftbedingungen.

Die vier führen einen ständigen Kampf gegen die Haft und die Folterungsmethoden. Wegen dieses Widerstandes wird die Haft ständig verschärft: Besondere Arreststrafen, Karl-Heinz D. wurde dabei 20 Stunden an Händen und Füßen gefesselt.

Die Rote Hilfe hat den Kampf für die sofortige Freilassung der Inhaftierten aufgenommen.

IGM-Gruppe gegen D'K'P Grabschänder

In einem Brief an die 'Neue Westfälische' schreibt die IGM-Jugendgruppe von Anker:

Als Besucher des Antikriegstages in Stukenbrock sehen wir uns gezwungen, gewisse Vorfälle aufzuzeigen. Bei der Kranzniederlegung (die IGM-Betriebsjugendgruppe Anker legte auch einen Kranz nieder) kam es vor uns zu einem Zwischenfall. Die KPD/ML und die Rote Garde wollten, genau wie andere Gruppen auch, zwei Kränze niederlegen. Sie wurden von DKP-Schlägern weggezerrt, und die beiden Kränze wurden so ziemlich vollständig zerstört. Eine Frau, die erst glaubte, Faschisten wollten einen Kranz niederlegen, dann aber die Schärpe eines der Kränze las, ließ, empört über die DKP, ihre kleine Tochter einen der zerrissenen Kränze niederlegen.

Weiter geben wir unserer Empörung Ausdruck über einen DKP-Ordner, der, in Gummistiefeln und ungepflegter Kleidung, sich in einen Kranz auf einem Grab stellte und diesen regelrecht zertrampelte. Auch durch Zureden von verschiedenen Seiten ließ er sich nicht beirren und verließ die Grabstätte nicht. Wir werfen der DKP an dem Tage, an dem sie der Gefallenen des Krieges gedenken wollte, Grabschändung vor.

Ein Ordner, den dies alles anwiderte, erzählte uns sogar, unter den Schlägern befänden sich acht bezahlte Schläger aus Essen, die z.T. schon wegen Körperverletzung vorbestraft seien. Ein anderer DKPist, den wir auf sein Verhalten aufmerksam machten, erklärte, Ehrfurcht sei ein bürgerlich-moralischer Begriff.

Unsere Meinung: Dieser DKP-(Zer-) Trümmerhaufen sollte sich mal über seine „politische" Tätigkeit Gedanken machen. Solche Aktionen wie in Stukenbrock bringen nur Antipathien.

Jungfaschisten (mindestens zwei Vertreter der Jungnationalen waren anwesend) wurden offensichtlich von der DKP geduldet.

IGM-Jugendgruppe Anker

Klassenjustiz: Zwei Wochen Dauerarrest für Rotgardisten

Dortmund, 19.5.73: Mehr als zweitausend Kommunisten, Antiimperialisten und fortschrittliche Demokraten demonstrieren gegen das Komplott Bonn-Moskau und gegen den Völkerunterdrücker Breshnew. Brutal knüppeln die Weyer-Polizisten alles nieder, was sich ihnen in den Weg stellt.

Zur gleichen Zeit in Bonn: Unter dem Schutz der Weyer-Horden veranstaltet die D'K'P eine Jubeldemonstration für das Komplott Bonn-Moskau, für den Verbrecher Breshnew. Aber sie haben sich getäuscht, ihr Hofknicks vor den Volksfeinden wird gestört. Die KPD/ML und die Rote Garde aus Duisburg, Düsseldorf, Neuss sind zur Stelle. Verfolgt von wütenden D'K'P-Schlägern und Weyer-Spitzeln verteilen sie Flugblätter. Kundgebung vor der Hauptpost. Menschen sammeln sich an, hören zu und diskutieren mit. Die Spitzel passen genau auf. Was tut, sich was sagen die Kommunisten? Die Kundgebung löst sich auf. Da prangt in roter Farbe an der Hauswand der Post: **Nieder mit Breshnew — Nieder mit Brandt — Alle Macht in Arbeiterhand!**



Antikommunistisches Komplott

Duisburg, 11.9.73. In einem Gerichtssaal des Landgerichts drehen und winden sich drei 'Zeugen', bezahlte Weyer-Spitzel, um die Frage herum, ob sie denn den angeklagten Rotgardisten P. beim Malen der Parole in Bonn gesehen haben. Ja, sagen sie, gesehen haben wir ihn schon, von der Seite, wir erkennen ihn an seiner Körperstatur usw., aber Malen haben wir ihn eigentlich nicht direkt gesehen. Trotzdem wird der Genosse P. wegen 'Sachbeschädigung' zu zwei Wochen Dauerarrest verurteilt.

Die Klassenjustiz hat gesprochen, aber sie scheut das Licht der Öffentlichkeit. Als eine Stunde vor Prozeßbeginn vor dem Gerichtsgebäude Flugblätter der KPD/ML gegen diesen Prozeß verteilt werden, fahren sofort Polizeiwagen vor, die Polizisten zerren drei Verteiler in das Auto und fahren sie aufs Polizeipräsidium.

Während des Prozesses legt der Genosse P. die Tatsachen klar auf den Tisch. Er ist Sohn einer Arbeiterfamilie und selbst Arbeiter. Er weiß was Not und Ausbeutung ist. Er hat beides am eigenen Leib erfahren. Und er kennt den Ausweg aus der kapitalistischen Unterdrückung. Das ist der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats und aller Werktätigen unter der Führung der KPD/ML. Im Prozeß sagte er vor den Schranken der Klassenjustiz: **"Ich meine, daß ich heute hier stehen, nicht, weil es um Sachbeschädigung geht, sondern weil die KPD/ML an diesem Tag trotz Verbot die Machenschaften der westdeutschen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten aufgedeckt und ihnen die Friedensmaske vom Gesicht gerissen hat."** Und er endete seine Anklage gegen den Imperialismus, gegen die westdeutsche Klassenjustiz mit dem Aufruf: **"Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg. Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg."**

Auch den Duisburger Justizbütteln wurde eine Lektion erteilt. Sie hatten keinen eingeschüchterten Angeklagten vor sich. Vor ihnen stand ein revolutionärer Jungarbeiter, der den Kampf seiner Klasse bis vor die Schranken der Klassenjustiz trägt. Die 'Internationale', die die Genossen im Gerichtsgebäude sangen, wird ihnen noch lange in den Ohren klingen.



Dortmund: "Friedenswoche" der D'K'P- Verschleierung des Militarismus!

In dieser Woche veranstalteten D'K'P, SDAJ, Jusos und andere Organisationen eine 'Friedenswoche' in Dortmund. Sie begann am letzten Samstag mit einer 'Friedensdemonstration', bei der unsere Partei die Lügen und Abwiegelungsmanöver der Revisionisten entlarvte.

Wer für den Frieden kämpft, der muß gegen die Herrschaft der Ausbeuterklasse kämpfen. Wer für den Frieden kämpft, der muß bereit sein, das Gewehr in die Hand zu nehmen. Vor etwa 20 Jahren gab es im Ruhrgebiet gewaltige Kämpfe gegen Wiederbewaffnung, für Frieden. Es zeigte sich, wo die Kriegstreiber sitzen: Die Polizei erschoß den Jungkommunisten Philipp Müller.

Der 'Friedenskampf' der Revisionisten heute in Dortmund dagegen sieht anders aus. Sie haben ihren Frieden gemacht — und zwar mit den Ausbeutern und Unterdrückern. "Der Krieg ist nicht mehr zeitgemäß", verkünden die D'K'P-Verräter. — Und das angesichts der Kriege in Indochina, in Afrika, angesichts des Putsches in Chile, die von den amerikanischen und russischen Imperialisten angezettelt werden. "Umwandlung der Bundeswehr in eine Verteidigungsarmee", fordert die SADJ — zur gleichen Zeit, wo die Aufrüstung und Militarisierung in unserem Land immer mehr zunehmen.

Wie der 'antiimperialistische Kampf' dieser Verräter in Wahrheit aussieht, das haben wir hier in Dortmund und der Umgebung in der letzten Zeit immer wieder erfahren: Bei einer Demonstration zerrissen sie unser Transparent mit der korrekten marxistisch-leninistischen Parole: "Sieg im Volkskrieg — Klassenkampf im eigenen Land." In Stuckenbrock zertrampelten sie Kränze, die die Partei und die ROTE GARDE zum Gedenken an den antimilitaristischen Kampf am Antikriegstag niederlegte. Auf der Demonstration am 15.9. in Dortmund schließlich zeigten sie ganz offen, wie sie mit dem Klassenfeind, den Kriegstreibern paktieren: Dort wurde eine 'Grußbotschaft' des Dortmunder Bürgermeister verlesen. **Dieser Bürgermeister gehört zur gleichen Partei, die heute intensiv die Militarisierung vorantreibt, zur SPD! Vor wenigen Wochen ließ er in Dortmund eine Demonstration gegen den Breshnew-Besuch blutig niederknüppeln!**

Zu dieser Demonstration waren viele Menschen gekommen, die ehrlich gegen die imperialistischen Kriege kämpfen wollen. Viele wurden von den D'K'P;Verrätern bitter enttäuscht. Wer so offen die Interessen der Kapitalisten und Kriegstreiber vertritt wie die D'K'P, der muß damit rechnen, daß das Volk seine Machenschaften durchschaut — besonders dann, wenn wahre Kommunisten ihn entlarven und seine Abwiegelungsmanöver bekämpfen, wie hier in Dortmund. Die 'Grußbotschaft' des Bürgermeisters erntete Pfiffe. Die Dortmunder nahmen interessiert unsere Flugblätter, im Nu hatten wir unsere Roten Morgen verkauft.

WENN WIR DEN IMPERIALISMUS BESIEGEN WOLLEN, MÜSSEN WIR DEN REVISIONISMUS SCHLAGEN !

Bundeswehr:
Tod durch Drill

Korrespondenz. Vor mehreren Monaten ereignete sich im Standort Münster folgendes: In der Ausbildungskompanie 413 des Panzerbataillons 94 wurde ein 20 km Marsch durchgeführt. Obwohl das Marschtempo nicht sehr hoch angesetzt war, klappten mehrere Kameraten zusammen.

Der Zugführer befahl ihnen aber weiterzulaufen.

Ein Kamerad wurde ohnmächtig und musste sofort in den Sanitätsbereich des Standortes gebracht werden. Er kam unter ein Sauerstoffzelt. Trotzdem aber verschlechterte sich sein Zustand, so dass die Ärzte dort beschlossen, ihn ins Kreiskrankenhaus nach Soltau zu bringen.

Auf der Fahrt dorthin starb der Kamerad.

Dieser Mord – oder Tod, wie die bürgerliche Klassenjustiz es wohl nennen wird – ist nicht in erster Linie das Ergebnis eines verschärften Drills einzelner oder mehrerer Ausbilder, sondern das Ergebnis der verschärften Aufrüstung.

Im Rahmen dieser Aufrüstung der Bundeswehr sollen bis 1982 2,4 Mill. Reservisten auf die Beine gebracht werden. **Um dies zu erreichen, wurden die Musterungskategorien so geändert, dass selbst Jugendliche mit schwachem Kreislauf eingezogen werden. Genau das war auch bei dem verstorbenen Kameraden der Fall.**

Reform für "Grössere Wehrgerechtigkeit und mehr Demokratie", so nennen sie das. Das Beispiel des Kameraden zeigt, was diese Reformen für uns Jugendliche bedeuten.



Den Volksfeinden die Faust in's Gesicht

Am 6. September führte die Bundeswehr die Übung "Tarnkappe 3" durch, wobei chemischer Nebel über der Weser abgeblasen wurde, um eine Flußüberquerung zu tarnen. Dieser Nebel legte sich in 15 km Breite und 200 m Länge über mehrere Ortschaften, verursachte akute Atemnot und Brechreiz nicht nur bei älteren und kranken Menschen und drang in die Belüftungsanlagen von drei Betrieben ein, in denen die Arbeit eingestellt werden mußte. Ein Arbeiter wurde mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus in Hofgeismar eingeliefert.

Obwohl bekannt war, daß der chemische Nebel gesundheitsschädlich ist – **die Soldaten trugen bei der Übung ABC-Masken** – wurde er rücksichtslos in großen Mengen in die Luft geblasen. Nachdem das 'Unglück' passiert war, fanden sich flugs Entschuldigungen: der kommandierende **Generalleutnant Böschel habe selber die möglichen Auswirkungen auf den zivilen Bereich überprüft**, der örtliche Polizeioberrat sei zugegen gewesen, ein Polizeihubschrauber habe bei einem Rundflug festgestellt, daß sich der Nebel aufgelöst habe usw. usf.

Um die Arroganz solcher Beteuerungen etwas zu mildern, wurde eine Untersuchung angeordnet, ob denn alle Befehle bei der Übung befolgt worden seien. Leiter der Untersuchung: Generalleutnant Schulz. Das sagt alles: Man beschwichtigt.

Die Kriegsübungen der Bundeswehr dienen den aggressiven Zielen der westdeutschen Imperialisten, die in vielen Teilen der Welt militärischen Schutz für ihre Ausbeutung und Ausplünderung fremder Völker und ein Instrument für ihre Revanchpolitike brauchen. Dieser Bestimmung der Bundeswehr entspricht ihre Brutalität auch gegenüber dem eigenen Volk, selbst bei Übungseinsätzen.

Der Vorfall an der Weser zeigt einmal mehr, wie dringlich der antimilitaristische Kampf in Westdeutschland geworden ist. **Dem westdeutschen Imperialismus die Faust ins Gesicht.**


Flurschäden durch Bundeswehr-Manöver



Kriegsmarine zerstört Fischgründe

Die Eckernförder Fischer und viele Arbeiter aus den Fischfabriken sind in ihrer Existenz bedroht. Sie wissen kaum noch, wie sie sich ernähren sollen, denn die besten Fanggründe werden für sie gesperrt, weil dort die Kriegsschiffe des westdeutschen Militarismus ihre Manöver machen.

Doch damit nicht genug! Am 22. August ließen sie unter Wasser Bomben und U-Bootraketen hochgehen – und das mitten in einem Heringsschwarm. Ergebnis: Die toten Fische schwammen dicht an dicht an der Oberfläche und bildeten einen Teppich von 2,7 mal 7,5 km.

Hatten die Fischer vorher noch täglich bis zu 60 Zentner Heringe aus der Förde geholt so sank der Ertrag ab Donnerstag rapide auf 1 bis 5 Zentner. Einen Schadensersatz erhalten die Fischer nicht, denn die Militärs haben gleich jede Verantwortung abgelehnt.

Die Fischer sind zurecht empört über solches Banditentum. Sie vergleichen die Militärs zutreffend mit Brandstiftern, die den Bauern das Getreide anzünden. Die Fischer fordern, daß keine Übungen mehr in ihren Fanggebieten gemacht werden. Das ist richtig. Doch dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn er gegen die Bundeswehr und ihre Hintermänner insgesamt geführt wird, denn überall leidet das Volk unter dem westdeutschen Militarismus und den Natotruppen. Man denke nur an Nordhorn oder an die Bauern, deren Ernten und Äcker von Panzerketten zerstört werden. Deshalb:

Volle Entschädigung der Eckernförder Fischer!

Keine Kriegsmanöver in den Fanggebieten!

Nieder mit der Bundeswehr!

Nieder mit der Nato!


In dieser Woche blieben an einem Tag die Kisten auf den Fischkuttern leer.

Roter Antikriegstag 1973
Jugend kämpft gegen den Imperialismus



Dortmund. Auf Kundgebungen in Scharnhorst, in Schüren – wo kürzlich erst E. Dobhardt erschossen worden war – und in der Innenstadt wurde an den Agitprop-Ständen der Partei viele Gespräche mit der Bevölkerung über den Antikriegstag, über die Ziele des westdeutschen Imperialismus geführt. Immer wieder war die Frage: Was soll man tun? Was macht ihr denn?

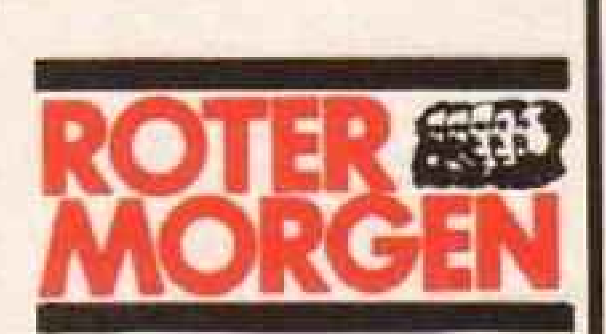
Besonders auf der Veranstaltung wurde auf diese Frage eingegangen. Eine Genossin der Roten Garde zeigte in einem Referat, **"dass alle 'Friedenskonzepte' der D'K'P und der 'S'DAJ in Wirklichkeit demagogische Verschleierungstricks sind,** mit denen sie vor allem die proletarische Jugend in der Bundeswehr an den Imperialismus ketten wollen. So verhält sich dies mit ihrem Plan einer 'demokratischen' Bundeswehr. **Jeder, der das Wesen des westdeutschen Imperialismus kennt, weiss, dass die Bundeswehr weder reformiert, noch demokratisiert werden kann und ihren aggressiven Charakter nur dadurch verlieren kann, dass sie zerschlagen wird."** – In der anschliessenden Diskussion der Veranstaltung herrschte einhellige Meinung darüber, dass es einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht geben könne, sondern dass die bis an die Zähne bewaffnete Bourgeoisie nur mit Waffengewalt gestürzt werden kann.

Ein älterer Genosse berichtete über den Kampf des Volkes gegen die Wiederaufrüstung in den 50-iger Jahren, über das brutale Vorgehen der Adenauerregierung gegen die kämpfende Bevölkerung: Am Tag, als Philipp Müller auf einer Antikriegstagsdemonstration in Essen erschossen wurde, an dem Tag waren auch in Münster Strassen rot vom Blut des kämpfenden Proletariats.



BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER ☐
ABONNEMENT ☐
AB NUMMER ....



Bestellungen an:
87 Würzburg
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschließlich Porto DM 25,-. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL' ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....